

Quelle für Bettfedern... d graue, gute... bessere Qualität... 20 und 1 M 40...

Verlagsstelle, Druck u. Verlag: Germania, N.-O. für Berlin und Dresden, Künze Dresden, Dresden-K.L. Hauptstraße 71, Fernruf 21012, Verlagsbüro Dresden 7103, Postkonto Stadtbank Dresden Nr. 6179

Sächsische Volkszeitung

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-Königsplatz 1, Telefon 71, Fernruf 21012 und 21014

Die Wahlen in Baden

Die Deutschnationalen verlieren fünf von acht Mandaten

Erfolge des Zentrums

Karlsruhe, 28. Oktober.

In Baden haben am gestrigen Sonntag die Wahlen zum neuen badischen Landtag stattgefunden. Die Wahlen wurden zum ersten Male nach dem neuen Wahlgesetz vorgenommen, nach dem die Zahl der Wahlkreise von 7 auf 22 vermehrt werden ist und auf je 10 000 Stimmen ein Abgeordneter entfällt. Die Wahl ist ohne jeden Zwischenfall verlaufen, die Wahlbeteiligung betrug durchschnittlich 60 Prozent, in den Städten etwa 70 Prozent.

Nach dem vorläufigen amtlichen Wahlergebnis sind 932 679 Stimmen abgegeben worden. Es haben erhalten: Zentrum 341 660 (34 Sitze), Sozialdemokraten 187 290 (18 Sitze), Deutschnationale 24 081 (3), Wirtschaftspartei 25 613 (3), Kommunisten 55 169 (5 Sitze), Deutsche Volkspartei 74 118 (7 Sitze), Demokraten 62 335 (6 Sitze), Linke Kommunisten 1550 (0 Sitze), Badische Bauernpartei 28 141 (3 Mandate), Nationalsozialisten 65 106 (6 Mandate), Evangelischer Volksdienst 33 328 (3 Mandate), Christlichsozialer Reichspartei 5105 (0), Volkrechtspartei 6803 (0 Sitze).

Der neue badische Landtag, der am 6. November in seiner ersten Sitzung zusammentritt, wird sich also folgendermaßen zusammensetzen:

Zentrum	34 (bisher 28)
Sozialdemokraten	18 (" 16)
Demokraten	6 (" 6)
Deutschnationale	3 (" 8)
Nationalsozialisten	6 (" 0)
Evangelischer Volksdienst	3 (" 0)
Wirtschaftliche Vereinigung	3 (" 3)
Deutsche Volkspartei	7 (" 7)
Bauernpartei	3 (" 0)
Kommunisten	5 (" 4)

Die Zahl der Abgeordneten hat sich gemäß dem neuen

Wahlgesetz von 72 auf 88 vermehrt. Die Regierungskoalition — Zentrum, Sozialdemokraten, Demokraten — verfügen im neuen Landtag über 58 (bisher 40) Sitze, die Opposition über 30 (bisher 22) Sitze. Das Kräfteverhältnis zwischen Regierung und Opposition hat sich also nicht wesentlich verschoben, höchstens ist eine Verfestigung der Regierungsmehrheit festzustellen. Man darf also sicher annehmen, daß die „Weimarer Koalition“, die in Baden seit 1918 regiert, auch weiter am Ruder bleiben wird.

Von der Vermehrung der Sitze hat den stärksten Vorteil das Zentrum davongetragen, das eine erhebliche Verstärkung seiner Stimmenziffern buchen konnte, es hat 6 Sitze gewonnen. Daneben ist der Gewinn der Sozialdemokratie — 2 Sitze — verhältnismäßig unbedeutend. Auf Seiten der Opposition sind die Nationalsozialisten die Sieger des Tages, sie haben bei ihrem ersten Auftreten zu einer Landtagswahl in Baden gleich 6 Sitze erhalten. Auch der Evangelische Volksdienst und die Badische Bauernpartei mit je 3 Sitzen sind zum ersten Male im Landtag vertreten. Die anderen Parteien haben die Zahl ihrer Mandate nicht steigern können, müssen also — da die Gesamtzahl der Mandate gestiegen ist — Verluste buchen.

Die größte Niederlage aber haben die Deutschnationalen erlitten. Sie haben ihre Mandatszahl nicht nur nicht vermehren können, sondern haben gegenüber der letzten Reichstagswahl bis zu 50 Prozent ihrer Stimmen und gegenüber der letzten badischen Landtagswahl 5 von 8 Mandaten verloren! Das ist besonders interessant angesichts der Tatsache, daß vor der Wahl Herr Hugenberg in Karlsruhe gesprochen hat. Welsch erkennt man jetzt langsam in der Deutschnationalen Partei, wohin der Kurs Hugenbergs führt: zum Ruin der Partei, zum Zerfall der nationalen Opposition in die Gruppe der nationalsozialistischen Katastrophopolitiker und der unpolitischen Bauernparteien. Das ist vielleicht die wichtigste Lehre der badischen Landtagswahl.

Kabinett Daladier—Briand

Die sozialistische Kammerfraktion für Beteiligung an der Regierung

Erneuerung des Linkskartells

Paris, 28. Oktober.

Daladier, der vom Präsidenten der Republik mit der Bildung der Regierung beauftragt ist, hat gestern den ganzen Tag über seine Verhandlungen weitergeführt. Dabei hat er zwei wichtige Erfolge erzielt: Die sozialistische Kammerfraktion hat sich mit sehr großer Mehrheit für eine Beteiligung an der Regierung erklärt und Briand hat sich bereitgefunden, auch in dem neuen Kabinett das Außenministerium zu übernehmen. Es wird nunmehr als sicher angenommen, daß es Daladier gelingt, das Kabinett zu bilden.

Das kommende Kabinett Daladier soll sich nach dem „Echo de Paris“ wie folgt zusammensetzen: 5 Radikale, 4 Sozialisten, 2 Anhänger der Fraktion Louchet, 2 Linkrepublikaner, 2 Sozialrepublikaner, 1 Mitglied der unabhängigen Linken (Bouquillon Guernut). Daladier habe die Absicht, ein selbständiges Postministerium und ein selbständiges Ministerium für die Ozeanmarine zu schaffen.

Daladier hat gestern außer Briand nachher Steeg, Barrot, Caillaux und Perriot empfangen. Es geht also, daß diese Persönlichkeiten als Mitglieder in der neuen Regierung in Frage kommen. Daladier erklärte Pressevertretern, er hoffe, eine Regierung der Union der Linksparteien bilden zu können.

Über den Beschluß der sozialistischen Kammerfraktion folgendes bekanntgegeben: Die sozialistische Kammer-

fraktion hat in ihrer Sitzung mit 36 gegen 12 Stimmen folgende Entschließung angenommen: Die sozialistische Parlamentsfraktion spricht sich für die Annahme der Vorschläge des Vorsitzenden der Radikalen Partei, Daladier, zwecks Beteiligung der Sozialisten an der Regierung aus, bestätigt das dem Exekutivauschuß übertragene Mandat und fordert den Vorstand der Partei auf, den Nationalrat einzuberufen, um ihn des näheren vollständig zu informieren. — Der Nationalrat der Sozialistischen Partei wird heute zusammentreten, um zu dem Beschluß der Kammerfraktion Stellung zu nehmen.

Der Generalsekretär der sozialistischen Partei, Paul Faure, der mit 11 anderen Vertretern seiner Fraktion gestern gegen die Beteiligung seiner Fraktion an der Regierung Stellung genommen hat, erklärte einem Vertreter des „Petit Parisien“, nach seiner Ansicht werde sich auch der Nationalrat in ablehnendem Sinne entscheiden, weil der Beschluß der sozialistischen Parlamentsfraktion in absolutem Widerspruch zum Geist der sozialistischen Partei und den Bestimmungen der früheren Kongresse stehe. Sollte der Nationalrat, was er für unmöglich halte, anders entscheiden, dann würde nicht nur eine ernste Krise ausbrechen, sondern es würde auch nur dazu führen, daß sehr bald ein ausschließlich aus rechtsgerichteten Elementen bestehendes Ministerium ans Ruder komme, das in voller Freiheit und mit aller Leichtigkeit mehrere Jahre regieren dürfte.

Es besteht also immer noch die Möglichkeit, daß heute der Nationalrat der Sozialisten sich gegen die Beteiligung an der Regierung ausspricht. Dadurch würde eine völlig neue Lage entstehen, da Daladier erklärt hat, daß er in diesem Falle seinen Auftrag dem Präsidenten der Republik zurückgeben werde.

Fürst Bülow †

Rom, 28. Oktober.

Fürst Bernhard v. Bülow ist heute morgen 6 Uhr 50 Minuten gestorben.

Mit Bernhard v. Bülow ist einer der begabtesten Vertreter der deutschen Vorkriegsdiplomatie dahingegangen. Seine neunjährige Kanzlerschaft — von 1900 bis 1909 — war die Zeit des größten äußeren Glanzes des alten Reiches unter Wilhelm II. Bülow hat es verstanden, den wechselvollen Stimmungen seines kaiserlichen Herrn ungemein geschickt gerecht zu werden und zugleich das schwierige Instrument des Reichstags meisterhaft zu spielen. Man erinnert sich, wie Bülow es fertiggebracht hat, aus Konservativen und Liberalen einen „Block“ zu schmieden, der — unter Ausschaltung jeden Einflusses des Zentrums und anderer Parteien — die seiner Majestät genehme Politik billigte. Man erinnert sich aber auch, daß dieses Zusammenpiel wiederholt zu ersten Reizen führte, vor allem nach dem berühmten „Daily Telegraph“-Interview des Kaisers 1908. Die Verstimmungen zwischen Kaiser und Kanzler, die seitdem an Häufigkeit zunahm, führten 1909 zur Entlassung Bülows. — „Hier habe ich das Ruder weggejagt“ sagte der Kaiser einige Zeit nachher zu einem Besucher an der Stelle, an der er Bülow seine Entlassung mitgeteilt hatte. So sehr war die ursprünglich sehr enge Verbindung zwischen Kaiser und Kanzler — 1899 hatte der Kaiser den damaligen Staatssekretär des Auswärtigen Amtes in den Grafenstand, 1905 den Reichshofmarschall in den Fürstenstand erhoben — in Verbitterung und Feindschaft umgeschlagen.

Nicht nur das persönliche Verhältnis Bülows zum Kaiser, auch seine innen- und außenpolitischen Bemühungen haben eine tragische Entwicklung genommen. Der Bülow-Block hat seine Amtszeit nicht überdauert. Und außenpolitisch brach fünf Jahre nach Bülows Abgang das Unwetter, das er hatte kommen sehen, doch über Deutschland herein. — Es ist heute müßig zu untersuchen, welchen Anteil Bülow an der Entwicklung unserer Gesamtpolitik gehabt hat, die zur Isolierung Deutschlands führte. Man hat ihm vielfach vorgeworfen, daß er allzu anschniegelig und nachgiebig gegenüber den Wünschen des Kaisers war. Das mag sein, läßt sich aber aus der Atmosphäre der Vorkriegszeit und dem Naturell Bülows nur zu leicht erklären. Die großen politischen Entscheidungen, die Deutschlands Lage 1914 bestimmten, waren freilich schon vor Bülows Amtsantritt gefallen. Er hat den Ring, der sich um Deutschland gebildet hatte, trotz seines persönlichen Geschicks nicht durchbrechen können. Und es war gewiß ein bitteres Geschick, daß er als Gesandter in Rom es erleben mußte, daß der ehemalige Bundesgenosse Italien sich auf die Seite der Gegner Deutschlands schlug.

Die persönliche Liebenswürdigkeit, westmännliche Gewandtheit und vielseitige Bildung des Fürsten wird von allen, die ihn in ihren Memoiren erwähnen, hervorgehoben. Sein Haus war in Berlin wie in Rom stets ein geistiger Mittelpunkt. Der Fürst glied in dieser Hinsicht dem verstorbenen Reichsaussenminister Dr. Stresemann, der hinsichtlich der außenpolitischen Taktik zu den gelehrigsten Schülern des Fürsten gehört hat.

Bernhard v. Bülow stammt aus der Woburner Linie des Geschlechtes derer von Bülow, das zum mecklenburgischen Uradel gehört. Er ist der Sohn Bernhard Ernst v. Bülow, der 1862 bis 1868 Ministerpräsident in Mecklenburg, 1873-79 unter Bismarck Staatssekretär des Auswärtigen Amtes war. — Bernhard v. Bülow wurde am 3. Mai 1849 in Klein-Flottberg bei Hamburg geboren, studierte in Danzig, Leipzig und Berlin Rechts- und Staatswissenschaften. Den Feldzug 1871 machte Bülow als Leutnant im Königs-Landwehr-Regiment mit. 1874 trat Bülow in das Auswärtige Amt ein und war nachher bei den Gesandtschaften in Rom, St. Petersburg und Wien tätig, später in Wien und Paris. 1880 wurde er Gesandter in Bukarest, 1883 Vizebotschafter in Rom, 1897 Staatssekretär des Auswärtigen Amtes. Am 17. Oktober 1900 wurde er zum Reichskanzler und preussischen Ministerpräsidenten ernannt. Diesen Posten hatte er bis 1909 inne. Während des Krieges war Bülow dann wiederum Vizekanzler in Rom, konnte aber den Eintritt Italiens in den Weltkrieg nicht verhindern.

Verheiratet war Bernhard von Bülow mit der Stieftochter des bekannten liberalen Politikers Rudolph des Fürstbischofs von Cambronne. Seine Gattin ist ihm vor wenigen Monaten im Tod vorangegangen.

Obwohl der bisherigen Annahme nach Fürst Bülow Erbinerungen hinterlassen, die in mehreren hunderttausend Mark in Hamburg und in Jülich hinterlegt worden sind und die drei Monate nach seinem Tode im Verlag Wilmann erscheinen sollen.

Quelle für Bettfedern... d graue, gute... bessere Qualität... 20 und 1 M 40... Halbtrommel... 5 M; halbtrommel... 8 M 50, 10 M... freigelegten Nach... tausch gestattet... liste kostenlos... in Prag XII... JOSEF KUNTE... 24.-... Str. 25... Harmonium... 11, Werder... Straße 22, L... sätze... wahl... reise... Pfau... 2